

Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Anzeiger
und die Anzeiger die Postanstalten
an. — Erscheint wöchentlich.
Vertrieb: Anschlag Nr. 53.

Anzeiger für das Erzgebirge

Anzeigenpreise: Die Anzeigerpreise
sind für die Anzeiger aus der
Anzahl der Anzeiger 20 Goldpfennige,
Kleinanzeigen 10 Goldpfennige,
sonstige 5 Goldpfennige.

Telegramme: Auerblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Konto Amt Leipzig Nr. 1908

Nr. 72

Freitag, den 26. März 1926

21. Jahrgang

Unden über das Fiasco von Genf.

Der Völkerbund hat einen ersten Mißerfolg zu verzeichnen.

Stockholm, 24. März. In der Zweiten Kammer des Reichstages erstattete heute Außenminister Unden einen ausführlichen Bericht über die Völkerbundsverhandlungen.

Unden wies zunächst auf den belgischen Vorschlag eines neuen nichtständigen Ratsorgans für Polen hin mit dem Bemerkens, durch diesen Vorschlag, der von französischer, englischer und italienischer Seite angenommen worden war, sei der Hauptzweck der schwedischen Aktion in Bezug auf die Ratsfrage erfüllt worden.

Der Streit um die Ratsfrage

hat, so führte der Minister weiter aus, immer mehr den Charakter eines diplomatischen Machtkampfes angenommen. Die schwedische Delegation hatte entsprechend ihren Anweisungen die positive Verpflichtung, für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und des Völkerbunds einzutreten. Sie hätte ihre Aufgabe schließlich erfüllt, wenn sie nicht gesucht hätte, jede Möglichkeit zu ermitteln, dieses Ergebnis zu erreichen, oder falls sie sich in Bezug auf die Mitwirkung Schwedens im letzten Abschnitt der Verhandlungen völlig passiv verhalten hätte. Am Freitag, den 12. d. M., abends wurde der Vorschlag eines neuen nichtständigen Stages für Polen von der deutschen Delegation glatt abgelehnt. Am Sonntag nachmittag wurde von englischer und französischer Seite erklärt, daß alle Kompromißmöglichkeiten jetzt erschöpft wären, und die Lage wurde als äußerst kritisch betrachtet. Das ganze Locarnowerk war gefährdet. Verschiedene Vorschläge wurden erörtert, und der schwedischen Delegation gegenüber wurde betont, daß die deutsche Ablehnung des gemachten Vorschlages in hohem Maße auf den Widerstand Schwedens gegen denselben zurückzuführen wäre. An die Vertreter Schwedens wurde ein dringender Appell gerichtet, die Errichtung eines neuen nichtständigen Ratsorgans anzunehmen. Ich habe dann erklärt, mir erscheine es als unwahrscheinlich, daß der Standpunkt der deutschen Delegation von der Haltung Schwedens abhängig sei, ich müßte mich deswegen einem Verfahren gegenüber ablehnend verhalten, das darin bestehen würde, zunächst einen einstimmigen Kompromißvorschlag im Rate zu erzielen und dann der deutschen Delegation denselben als das letzte Angebot des Rates vorzulegen. Auf Ersuchen von verschiedenen Seiten hat die schwedische Delegation dann am Sonntag mit den Herren Luther, Dr. Strefemann und von Schubert Besprechungen gehabt. Dabei wurde festgestellt, daß man deutscherseits eine allgemeine, durch Meinungsverschiedenheiten zwischen Deutschland und Frankreich veranlaßte Vertagung für das Locarnowerk als katastrophal betrachten würde. Von schwedischer Seite wurde gefragt, wie sich die deutsche Delegation zu dem Gedanken neuer Wahlen zum Rate auf einer ursprünglichen von belgischer Seite angeregten Grundlage verhalten würde, nach der Belgien seinen Sitz zur Verfügung stellen sollte, wenn nunmehr

Schweden statt Belgien aus dem Rate ausscheiden

würde. Die deutschen Vertreter, die sich gegenüber dem belgischen Vorschlag ablehnend verhielten, erörterten mit der schwedischen Delegation diesen Gedanken eines

Ausscheidens Schwedens eingehender, und schließlich stellte es sich heraus, daß dieser Weg von deutscher Seite als gangbar betrachtet wurde, falls außer Schweden noch ein anderer Staat auf sein Mandat verzichtet würde. Dieser Vorschlag fand den Beifall der anderen Mächte, und schließlich erhielt die schwedische Delegation diesbezügliche Anweisungen von ihrer Regierung. Bei keiner Gelegenheit ist auch nur der geringste Druck auf die Vertreter Schwedens ausgeübt worden, um das Ausscheiden Schwedens aus dem Rate herbeizuführen. Als so alles in Ordnung zu sein schien, stellte sich

Brasilien's Haltung

als ein Hindernis für eine Verständigung heraus, worauf sich die Locarnomächte auf eine Vertagung der ganzen Frage betreffend Deutschlands Eintritt einigten. Unden betonte, daß die Instruktionen für die schwedische Delegation keine Anweisung bezüglich eines Verzichtes Schwedens auf seinen Ratsitz enthalten konnten, da diese Frage nicht aktuell war, als die Instruktionen erteilt wurden. Er bestritt aber, daß die schwedischen Vertreter in ihrem Handeln so gebunden gewesen seien, daß nicht einmal eine solche Eventualität hätte gesprochenweise erörtert werden dürfen, und bemerkte, die schwedische Delegation habe es sogar zu einem gewissen Zeitpunkt als erwünscht betrachtet, freiere Hände gehabt zu haben. Daß durch die schwedische Haltung ideale und moralische Werte nicht gefährdet wurden, dafür ist, so sagte Unden, die Ausnahme ein Beweis, die unsere Anregung in anderen Ländern gefunden hat. Der Stöber der Völkerbund durch die Haltung Brasiliens erlitten hat, ist schwer genug. Viel schwerer wäre er geworden, wenn die Vertagung infolge einer deutsch-französischen Kontroverse mit der Folge eines

Zurücktreten Deutschlands von seinem Eintrittsantrag

auf lange Zeit statgefunden hätte. Im Vergleich hiermit hätte es wenig bedeutet, wenn Schweden den Rat einige Monate früher als sonst verlassen hätte. Zusammenfassend stellte Unden schließlich fest: Es ist dem schwedischen Vertretern gelungen, an dem Zustandekommen eines Vorschlages mitzuwirken, der, ohne die grundsätzliche Haltung Schwedens zu kompromittieren, von allen Seiten als annehmbar betrachtet wurde. Zwar bereitete ein anderes Hindernis die Einigung, die bereits in Sicht war, aber es ist erreicht worden, daß die Vertagung nicht auf Grund eines Gegenfalles zwischen Deutschland und Frankreich erfolgt ist. So wurde es den Locarnomächten möglich, ihr Festhalten an dem Vertrag von Locarno gemeinsam kundzugeben. Daß die Völkerbundsversammlung auseinandergehen mußte, ohne über die Aufnahme Deutschlands beschließen zu dürfen, bedeutet einen ersten Mißerfolg des Völkerbundes und bildet einen bedrückenden Beweis der Stärke nationaler Sonderinteressen und solcher Prestigeerwägungen. Tatsache ist jedoch, daß es den kleinen Staaten gelungen ist, die Angriffe gegen den Völkerbundsvertrag zurückzuweisen. Vor der ganzen Welt wurde dargetan, daß die geheimen Versprechungen und privaten Vereinbarungen der Großmächte für den Völkerbund nicht Befehl sind.

hat gelernt, den Völkerbund und seine eigene Lage im besten Sinne des Wortes realistisch aufzufassen. Durch den Völkerbund kann es sich wieder zur Gleichberechtigung unter den Mächten verhelfen, durch den Völkerbund hofft es eingeständenermaßen die Erleichterung einiger seiner Vertragslasten zu erreichen, und im Völkerbund erblickt es den Ausdruck jener Weltmeinung, die es entsprechend den Ausführungen des Reichsaußenministers nicht wie in früheren Zeiten unterschätzen will.

Notke gegen kommunistische Umtriebe.

Hannover, 24. März. Oberpräsident Notke nahm wiederholte Zusammenkünfte zwischen der Polizei und Erwerbslosen zum Anlaß, im Provinziallandtag zu erklären, er werde, solange er in der Provinz Hannover etwas zu sagen habe, rücksichtslos und nachdrücklich für Ordnung sorgen. Den kommunistischen Abgeordneten machte er den Vorwurf, sie seien im Autobus in die Frühlingsluft gefahren, während die von ihnen ausgehenden Demonstrationen von der Polizei Schläge bezogen. „Und als ein Teil der Demonstrationen abgeführt wurde, sah ein anderer Teil der kommunistischen Abgeordneten mit mir zusammen an der Kaffeetafel.“ Die Demagogie habe ihre Grenzen. Deshalb stelle er fest, wo die Leute bleiben, wenn sie die Massen vor die Gummitrappel der Polizei getrieben haben.“

Die Berliner Presse zur Chamberlain-Rede.

Chamberlain hat nicht mit offenen Karten gespielt.

Die „Deutsche Tageszeitung“ erklärt zu der gestrigen Unterhausdebatte über Genf, daß diese keine Entscheidung darüber gebracht habe, ob Chamberlain bis zum Herbst noch in der Lage sein werde, die britischen Interessen in Genf zu vertreten. Wenn man ihn mit dem schweren Vorwurf, daß entweder seine Redlichkeit oder seine Intelligenz nicht ausreichen, fügen wird, so wird jedenfalls weder sein Genfer Mißerfolg noch eine andere außenpolitische Frage der unmittelbaren Anlaß zu seinem Sturz bilden. Gegenüber dem verstorbenen Vorwurf Chamberlains gegen Deutschland, daß es die Schuld an dem Mißverständnis von Genf trage, weil es nicht von Anfang an seine Forderung auf Nichtveränderung des Völkerbunds geltend gemacht habe, weist die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ auf den von allen Seiten als gerechtfertigt anerkannten deutschen Standpunkt hin, daß es eine Selbstverständlichkeit ist, daß sich Deutschlands Eintritt in den Völkerbund nur auf der Grundlage der Zusammenfassung des Rates, wie sie bei Vertragsschluss in Locarno war, vollziehen konnte. Diese Selbstverständlichkeit sei auch von der öffentlichen Meinung Englands von Anfang an hervorgehoben worden. Chamberlain allein trage die Verantwortung für das Genfer Fiasco, denn er habe es an der nötigen entschlossenen Erklärung fehlen lassen, daß zur Zeit nur die Aufnahme Deutschlands in den Rat in Frage komme. Auch die „Tägliche Rundschau“ stellt fest, daß Chamberlain seinen Widerspruch gegen die irischen Pläne zugunsten Polens erhoben habe. Ferner habe er aber auch Spanien, wenn auch keine formell bindenden, so doch sehr bestimmte Zusagen wegen der Zuteilung eines ständigen Ratsplatzes gemacht. Erst durch die Absprachen Irlands mit Polen und von Chamberlain mit Spanien sei der wahre Streit um die Ratsfrage entfeuert worden, der dann zu dem kläglichen Fiasco von Genf habe führen müssen. Das ist der Kernpunkt der Sache, so schreibt das Blatt, und über diesen Kernpunkt ist Herr Chamberlain sehr geschickt hinweggeglitten.

Die „Germania“ schreibt: Nicht Deutschland hat sich eines Irrtums oder einer Unterlassung schuldig gemacht, sondern Frankreich, das vor oder in Locarno den Polen den Ratsitz versprochen und das Versprechen den Deutschen verheimlichte, ein Verfahren, das mit dem vielgerühmten Geist von Locarno schwer in Einklang zu bringen ist. Wer will sagen, wie die Dinge gelaufen wären, wenn der polnische Anspruch in Locarno offen angemeldet worden wäre? Chamberlain beruft sich auf Strefemann als Kronzeugen dafür, daß er nicht unloyal gegen Deutschland gehandelt habe. Die politische Welt Deutschlands gibt nicht der Loyalität, sondern der Schwäche Chamberlains die Schuld. Der „Berliner Börsen-Courier“ betont, daß im Gegensatz zu Chamberlain der britische Premierminister Baldwin das Klärende und Positive betont: die erhoffte Mitarbeit Deutschlands an der Kommission, deren Aufgabe es sein wird, eine Wiederkehr der Genfer Unglücksfälle vorzubeugen. Die „Vossische Zeitung“ unterstreicht die Worte Chamberlains: „Die Deutschen und wir stehen fest zu Locarno“ und sagt: Tatsächlich ist das Hauptergebnis der Genfer Tagung die Feststellung, daß die Gruppierung unter den Völkern nicht mehr durch das starre Schema bedingt ist, das durch den Vertrag von Versailles verewigt werden sollte. Das Ergebnis von Genf ist die endgültige Beseitigung der Scheidung nach Siegern und Besiegten. Der „Vorwärts“ schreibt: Bei der Zusammenfassung des Unterhauses war ein anderer Ausfall der Abstimmung undenkbar. Über die Frage, wie die öffentliche Meinung in England die Rolle Chamberlains beurteilt, ist damit nicht beantwortet. Die Tatsache, daß nicht nur die Oppositionspresse, sondern auch ein Teil der konservativen Zeitungen zu den Ausführungen Chamberlains kritische Stellung nimmt, beweist, daß seine Stellung keineswegs definitiv gesichert ist.

Die Beziehungen der Vereinigten Staaten zu den europäischen Mächten.

New York, 24. März. Wie die „New York Times“ aus Washington melden, sind weitere Anzeichen dafür vorhanden, daß in der bisherigen Politik der Aufrechterhaltung herzlicher Beziehungen zu den europäischen Mächten keine Veränderung eintreten wird. Alle Neuerungen im Weißen Haus geben den Eindruck, daß Coolidge der in Europa herrschenden Aufregung über den sogenannten Doughton-Zwischenfall mit außerordentlicher Ruhe gegenübersteht.

Eine amerikanische Stimme über Deutschland und den Völkerbund.

New York, 24. März. „New York Times“ fährt aus, in Deutschland sei man über den Genfer Zusammenbruch nicht so erregt, wie in London und Washington und stellt die Frage, ob das Urteil über den Völkerbund gesprochen sei. Das Blatt schreibt, dies sei gewiß nicht aus dem Grunde der Fall, daß Deutschland die Auflösung des Völkerbundes wünsche. Im Völkerbund erblicke die große Mehrheit der deutschen Öffentlichkeit und die verantwortliche Leitung der deutschen Politik seit langem das einzige Mittel, um Europa aus zwei feindlichen Lagern in eine allumfassende Arbeitsgemeinschaft umzuwandeln. Die Führer des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten hätten den Hinweis des Reichsaußenministers auf die Notwendigkeit der Zugehörigkeit Deutschlands zum Völkerbunde nachdrücklich betont. Das Blatt schreibt weiter: Bei den voreiligen Nachrufen auf den Völkerbund ist übersehen worden, daß die Aufnahme Deutschlands im September schon jetzt beschlossene Sache ist. Es wäre zwecklos, die Enttäuschung über die in Genf begangenen Fehler zu unterschätzen, aber es ist bemerkenswert, daß dasjenige Land, das den meisten Grund zur Klage hat, sich am wenigsten beklagt. Deutschland, das lange der Leidenschaft den Vortritt vor der Vernunft gelassen hat,